Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

Januar 2022

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

in der Hoffnung, dass alle Leser*innen wohlbehalten ins neue Jahr gelangt sind, wollen wir trotz aller durch Corona bedingten Schwierigkeiten und Restriktionen unsere Arbeit mit Elan auch in 2022 fortführen. Ein Zeichen, dass wir Einschränkungen ernst nehmen aber nicht resignieren, ist die Wiederaufnahme der Herausgabe des Netzwerkkalenders für das 1. Halbjahr 2022 gewesen, in dem der Wille zum gemeinsamen Handeln und zum Kommunizieren dokumentiert ist. Kommunizieren bedeutet, voneinander zu erfahren und zu berichten, sich auszutauschen, Kontroversen untereinander auszuhalten und mit anderen energisch zu führen, um Handeln zu ermöglichen. Politisches Handeln vor dem Hintergrund unserer originären erinnerungskulturellen Aufgaben wird im Jahr 2022 wohl vor allem bedeuten: Verteidigung von demokratischen Freiheiten und sozialen Rechten gegen Gesinnungstyrannen spaziergängerischer und verschwörungserzählerischer Provenienz. Diesem Diktaturgebrabbel, dieser übergriffigen Aneignung von Unterdrückungs- oder auch Widerstandssymbolik, die in der Erinnerungskultur eine präzise Bedeutung für Menschenrechte und demokratische Werte vermitteln, der offenen Revision von Geschichte und Verhöhnung geschichtspolitischer Eckpfeiler unserer demokratischen Gegenwart werden wir verstärkt entgegentreten. In Hannover, Barsinghausen, Neustadt, Wunstorf und anderswo reihen sich Mitglieder und Freund*innen des Netzwerks in die Demonstrationen und Kundgebungen ein, die sich den Meinungsegoshootern entgegenstellen. Viel zu lange wurde deren Treiben geduldet, wurde ihnen mit Verständnis und Streicheleinheiten begegnet, ließ die gegen links so allgegenwärtig hoch gerüstete Staatsgewalt sich vorführen und verhöhnen.
Bei der Wahrnehmung unserer erinnerungskulturellen Aufgaben stehen in diesem Jahr neben den Aktivitäten der bei uns organisierten Initiativen und der täglichen Netzwerkarbeit zwei Ereignisse/Themen im Zentrum. In der Ausstellung zur Wehrmachtjustiz im Mai/Juni 2022 im Freizeitheim Linden (Eröffnung am Mo. 9.5.2022), die wegen Corona verschoben werden musste, werden ergänzend zur Wanderausstellung der Stiftung Denkmal Recherchen zu Tätern und Opfern aus Hannover und der Region präsentiert, Forschungen, die wir ausbauen und vertiefen wollen. Und: Das Bemühen um eine produktive Dekonstruktion des Carl-Peters-

Denkmals in der Südstadt wird im Kontext des gesellschaftlichen Bearbeitung von Kolonialismus und Rassismus den Umgang mit dem städtischen Gedenken an andere Kolonialverbrecher nicht aussparen. Debatten um die Praxis unserer Erinnerungskultur werden dabei nicht ausbleiben.

Alle Leserinnen und Lesern allen Widernissen zum Trotz ein erfolgreiches Jahr 2022!

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Veranstaltungen im Februar / März 2022**
    - **Rät*innnen gegen rechts**
    - **25. antifaschistische Sozialkonferenz**
    - **Institutioneller Rassismus und EU-Migration**
- **Fortschritte beim Gedenkort für das Frauen-KZ Conti- Limmer**
- **Gegen die Mobilisierung der Verschwörungsideologen**
- **Gedenken in der Ohestraße**
- **Demonstration gegen „Spaziergänger“ in Barsinghausen**

Rät*innen gegen rechts – Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien

Online-Seminar

Samstag, 29.1.2022, 10 - 15 Uhr

Mit den Kommunalwahlen in 2021 hat sich die politische, extreme Rechte auf kommunaler Ebene vielerorts eine tragfähige Basis für ihre völkisch-nationalistische Politik gesichert. Altbekannte rechte Gruppierungen, Wählergemeinschaften und Parteien wie die AfD sind in vielen kommunalen Entscheidungsgremien vertreten. Das zunehmend koordinierte Agieren der AfD ist auch in Niedersachsen als Teil eines großen Angriffs auf progressive Strukturen, auf die freie Gesellschaft insgesamt zu verstehen. Daher ist es wichtig, sich dazu auszutauschen, wie die politische Rechte Politik macht und wie damit bisher seitens der demokratischen Parteien umgegangen wurde.
Im Fokus des Workshops steht neben dem Kennenlernen der grundlegenden Strategien rechter Akteur*innen und ihre Themen vor allem die Frage des konkreten Umgangs von Mandatsträger*innen und interessierten Menschen mit rechten Akteur*innen, d.h.

- der Umgang mit Anträgen und Anfragen
- die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen
- die Vernetzung mit weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen außerhalb der Gremien
- sowie der Umgang mit Bedrohungsszenarien.

Der Workshop wird geleitet von:

- **Anika Taschke**, Referentin Neonazismus und Strukturen / Ideologien der Ungleichwertigkeit, Rosa-Luxemburg-Stiftung

- **Philipp Piechura**, Soziologe, Freizeit-/Theaterpädagoge und Co-Autor der Broschüre „Rät*innen gegen rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien

Wir bitten um Anmeldung über die Homepage oder per Mail an: kommunal@rls-nds.de
Die Zugangsdaten werden nach Anmeldung versendet. Jetzt anmelden unter
https://nds.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/Z41K7
Der Workshop findet in der Reihe „STADT. LAND. LINKS. Kommunalpolitische Bildung in Niedersachsen“ statt und ist eine Kooperation mit dem Linken Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen e.V.
Auch als Publikation zum kostenlosen Download unter https://www.rosalux.de/ erhältlich

---

Rechter Terror und Gegenperspektiven
25. Antifaschistische Sozialkonferenz

Freitag, 11. und Samstag, 12. Februar 2022

Die rassistischen Morde in Hanau jähren sich am 19. Februar 2022 zum zweiten Mal, der Anschlag auf die Hallesche Synagoge und dem „Kiezdöner“, bei dem zwei Menschen ermordet werden, ist knapp zweieinhalb Jahr her. Beide Anschläge wurden von der Bundespolitik als „Zäsuren“ bezeichnet und Aufklärung von rechtsextremen Angriffen und Netzwerken angekündigt und Hilfe und Unterstützung für Opfer rechter Gewalt versprochen. Doch scheint sich in der bundesrepublikanischen Realität in diesen Fragen nicht viel getan zu haben. Unterstützung kommt meist aus dem privaten Bereich. Wie können Behörden Aufklärung rechter Gewalt und Strukturen betreiben, in denen selbst rechte Netzwerke bestehen? Bei den Pamphleten der (zumeist männlichen) Täter tauchen immer wieder alte und neue Versatzstücke von menschenfeindlichen Ideologien auf: Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Misogynie. Verbunden mit Verschwörungsmythen und gefühlt eingebettet in bundespolitische Debatten über Sozialschmarotzer und Überfremdung. Bei

gleichzeitiger Einschränkung von demokratischen Rechten wie der Einführung vor kurzem von neuen Versammlungs- und Polizeigesetzen ergibt sich ein ungemütliches Bild von diesem Land, in dem vor fast neunzig Jahren am 30. Januar 1933 die Macht an die Nazis übergeben wurde. Aus Anlass dieses Jahrestages und des Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Armee der Sowjetunion am 27. Januar 1945 findet die Antifaschistische Sozialkonferenz statt. Ausführliches Programm unter http://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/rechter-terror-und-gegenperspektiven/

Ort: Pavillon Kulturzentrum, Lister Meile 4, 30161 Hannover oder per Live-Stream mit Chatfunktion

Veranstalter: Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Nds. Mitte, Bildungswerk ver.di Niedersachsen, Geschichtswerkstatt e. V., DGB-Region Niedersachsen-Mitte, DGB Jugend Hannover, GEW Kreisverband Hannover, IG Metall Hannover, Pavillon Kulturzentrum, Hannover, Projekt moderner Sozialismus Hannover e.V., Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V., ver.di Bezirk Hannover-Heide-Weser, ver.di Jugend Bezirk Hannover-Heide-Weser, VVN Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Hannover

ANMELDUNG: Für die 25. Antifaschistische Sozialkonferenz bitten wir um verbindliche Anmeldung bis zum 4. Februar 2022. Die Vorträge sind auch per Live-Stream abrufbar. Die Informationen dazu, werden rechtzeitig per Mail zugesendet. Bei der Anmeldung bitte die Wahl der Arbeitsgruppe zwecks Raumaufteilung angeben. Per E-Mail: hannover@aul-nds.de. Per Telefon 0511 121050. Internet: www.aul-nds.de Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. *Die Präsenzveranstaltung findet voraussichtlich nach „2-G Regel“ statt. (Geimpft oder genesen)

Freizügigkeit für alle? Institutioneller Rassismus und EU-Migration

Online-Vortragsreihe im Februar / März 2022

Im Februar und März 2022 veranstaltet das Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität in Kooperation mit dem Bildungsforum gegen Antiziganismus, der Hochschule Hannover und der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen die Online-Vortragsreihe „Freizügigkeit für alle? Institutioneller Rassismus und EU-Migration“

Freizügigkeit für alle? Diese Frage bewegt seit der sogenannten EU-Osterweiterung nicht nur die mediale Öffentlichkeit, sondern sie beunruhigt darüber hinaus auch Politik und Behörden. Als Gegenbewegung zum Abbau der Grenzen innerhalb der EU hat sich europaweit ein neuer Rassismus herausgebildet, der sich in Deutschland in erster Linie gegen eine als „Armutszuwanderung“ stigmatisierte EU-Migration aus Rumänien und Bulgarien richtet. Rassismus besteht nicht nur darin, unerwünschte Andere als minderwertig zu stigmatisieren. Er begründet weitergehend auch institutionelle Strategien ihres gesellschaftlichen Ein- und Ausschlusses und dient in letzter Konsequenz somit dazu, sie als rechtlos zu definieren.

In der Vortragsreihe „Freizügigkeit für alle?“ beleuchten wir im Austausch von Wissenschaft und Praxis die Mechanismen und Wirkungsweisen des Rassismus im EU-Binnengrenzregime: Warum werden die Kommunen zu entscheidenden migrationspolitischen Akteuren in der erweiterten Union? Weshalb entwickelt sich in diesem Kontext das Sozialrecht zu einem Instrument des Ausschlusses und der Migrationskontrolle? Und inwiefern strukturieren rassistische Deutungsmuster institutionelle Praktiken des Ein- und Ausschlusses von Unionsbürger*innen?
Weitere Informationen zur Vortragsreihe finden Sie hier. https://www.idd.uni-hannover.de/de/institut/news-und-veranstaltungen/news/aktuelles-detailansicht/news/online-vortragsreihe-freizuegigkeit-fuer-alle-institutioneller-rassismus-und-eu-migration-1/

Alle Veranstaltungen im Überblick:

Ausgeschlossen oder privilegiert? Oder: Wie das Sozialrecht zum Instrument der „Migrationskontrolle“ wird
Vortrag von Claudius Voigt, Kommentar von Georgi Ivanov
2. Februar 2022, 18 bis 20 Uhr. Zoom-Link

Umkämpfte Stadtbürgerschaft: Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration
Vortrag von Lisa Riedne, Kommentar von Sabine Hess
16. Februar 2022, 18 bis 20 Uhr, Zoom-Link

Grenzen der Ausbeutung? EU-Migration zwischen Grenzregime und Erwerbsarbeit
Vortrag von Peter Birke, Kommentar von Anda Nicolae-Vladu
23. Februar 2022, 18 bis 20 Uhr, Zoom-Link

„Politik und Verwaltung sagen Problemimmobilien den Kampf an“ – Antiziganistische Diskurse und die Etablierung neuer Politiken am Beispiel der Stadt Göttingen
Vortrag von Christian Hinrichs, Kommentar von Roma Center
9. März 2022, 18 bis 20 Uhr. Zoom-Link

Grenzenlose Mobilität – begrenzende Institutionen? Wie sich Schule und Quartier um ‚die ‚Einwanderung aus Südosteuropa‘ arrangieren
Vortrag von Karin Cudak | Kommentar von Guillermo Ruiz
16. März 2022, 18 bis 20 Uhr,Zoom-Link

Teilnahme und Organisation: Alle Veranstaltungen der Vortragsreihe „Freizügigkeit für alle? Institutioneller Rassismus und EU-Migration“ finden online über die Plattform Zoom statt. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.
Kontakt: Tobias Neuburger, Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover, neuburger@idd.uni-hannover.de

Ein Meilenstein auf dem Weg zur Errichtung des Gedenkortes für das Frauen-KZ Conti-Limmer

Am 10. Dezember 2021 hat – per Zoom als Online-Konferenz – die Bürger*innenbeteiligung der Landeshauptstadt Hannover zur Gestaltung des zukünftigen Gedenkortes für das Frauen-KZ der Continental AG in Hannover-Limmer stattgefunden. Auf der mit über 50 Teilnehmenden sehr gut besuchten Veranstaltung wurde nach angeregter Diskussion das Plazet für den Bau gegeben. Zunächst stellte der Arbeitskreis »Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer« sein in den letzten Jahren entwickelte Konzept (https://www.kz-limmer.de/files/pdf/materialien/eigenes/2018-01-15_Gestaltungsvorschlag_Gedenkort_KZ_Limmer.pdf) vor: Am Rande der künftigen Grünflächen zwischen „Wasserstadt“ und Leineverbindungskanal soll die Erde auf einer dreieckigen Fläche, die exakt der Position der früheren nordöstlichen Lagerecke entspricht, bis auf das ehemalige Niveau des Lagerbodens ca. 60 cm eingetieft und der Untergrund mit schwarzer Schlacke bedeckt werden. Umgeben wird diese Fläche an zwei Seiten von ca. 3 Meter hohen Stahlpfosten, die die ehemaligen Lagerzäune anzeigen, ohne diese exakt zu rekonstruieren. Zur dritten Seite hin verschwindet der schwarze Bodenbelag unter einer Wiesenböschung. Der Lagerboden setzt sich auch jenseits des Dreiecks untergründig fort.
Durch diese symbolische „Ausgrabung“ wird das KZ, über das im Laufe der letzten Jahrzehnte im Wortsinne Gras gewachsen war, wieder sichtbar und seine Lage und Größe vorstellbar. Das „Loch“ im Rasen des Parks symbolisiert keine gelingende „Versöhnung durch Erinnerung“, sondern einen nachdenklich stimmenden, vielleicht auch irritierenden Riss in der Normalität. Ein angrenzender gepflasterter Platz mit Infotafeln und Sitzgelegenheit lädt zum Innehalten und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des KZ Limmer ein und bietet auch ausreichend Raum für Bildungsveranstaltungen und Gedenkfeiern.
Die Städtische Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover (heute Zeitzentrum Zivilcourage) hatte das Konzept des Arbeitskreises, das sie stets engagiert unterstützt hat, zur detaillierten Ausarbeitung an das Landschaftsplanungsbüro chora blau weitergegeben. Das Büro präsentierte bei der Online-Veranstaltung nun die konkretisierten Pläne, die den Gestaltungsvorschlag exakt umsetzen. Die Resonanz des Publikums – Bürger*innen aus Hannover und künftige Bewohner*innen der Wasserstadt ebenso wie Fachleute beispielsweise aus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (das KZ Conti-Limmer war verwaltungstechnisch als Außenlager dem KZ Neuengamme bei Hamburg zugeordnet) – war durchweg positiv; das Grundkonzept wurde als sehr überzeugend erlebt. Angeregt diskutiert wurden Details der Gestaltung, insbesondere des an das „schwarze Dreieck“ grenzenden Platzes, wobei sich eine Mehrheit für die vorgestellte erste Gestaltungsvariante (siehe unten) aussprach. Kritisch wurde lediglich angemerkt, ob nicht die Continental AG oder die Wasserstadt Limmer GmbH an den Kosten zu beteiligen gewesen wären, die vollständig die Stadt tragen wird.
Der AK „Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer“ ist sehr erleichtert darüber, diesen Meilenstein geschafft zu haben und froh zu erleben, wie gelebte Demokratie und bürgerschaftliches Engagement Früchte tragen.

Das Bild zeigt die mehrheitlich befürwortete Entwurfsvariante für den Gedenkort KZ Conti-Limmer. Der Entwurf kann als detaillierte PDF-Datei im Internet heruntergeladen werden:
https://www.hannover.de/content/download/877520/file/LA19015_3.4.1_LP_200_Gedenkort%20Var1_211013_REDUZIERT%20I.pdf

Arbeitskreis Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer

Antifaschismus ist kein Spaziergang
Gegen die Mobilisierung der Verschwörungsideologen

Die größte verschwörungsideologische Organisation in Deutschland hieß NSDAP. Im Namen der „deutschen Freiheit“ mobilisierte sie gegen eine „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“, die das deutsche Volk vergiften und knechten wolle. Das kann man alles nachlesen in einem der meistgedruckten Bücher deutscher Sprache – Adolf Hitlers „Mein Kampf“.
An dieses Vorbild knüpfen heute der „III. Weg“, die „Freien Sachsen“, die „AfD“ und weitere extrem rechte und neofaschistische Organisationen an. Ihnen ist es in diesen Wochen gelungen, die von Anfang an wissenschaftsfeindliche, egoistische und nach Feindbildern gierende Szene der deutschen Impfgegner*innen in nie dagewesenem Ausmaß bundesweit in vielen Städten zu mobilisieren.
Längst geht es nicht mehr nur darum inmitten einer Pandemie in völliger Verkennung der Realität lebensrettende Maßnahmen des Infektionsschutzes zu hintertreiben, sondern gegen „das System“ an sich zu mobilisieren. Diese Bewegung ist

- antidemokratisch, indem sie einen angblichen „Volkswillen“ über demokratische Prozesse stellt;
- mindestens latent antisemitisch, indem sie erneut das altbekannte antisemitische Denkmuster von der Existenz einer angeblichen geheimen Elite mit ebensolch geheimen Pläne behauptet;
- sozialdarwinistisch – soll doch sterben, wer nicht gesund genug ist,
- geschichtsrevisionistisch und eine Beleidigung der Opfer des NS-Regimes, indem sie sich selbst als „verfolgt wie die Juden“ gerieren;
- zunehmend verbal und körperlich gewaltbereit gegen Journalist*innen, Beamt*innen und sogar Ärzt*innen, die ohnehin schwer genug an der Pandemie zu kämpfen haben.

Es zeigt sich außerdem, dass sowohl Behörden und Polizei als auch etablierte Politiker*innen dem Druck des Mobs zu weichen beginnen.
Stattdessen fordern wir:

- Gesetzte Regeln für das öffentliche Leben, die Leib und Leben retten sollen, müssen auch durchgesetzt werden.
- Infrastruktur und Personal des Gesundheitswesens als auch Journalist*innen sind zu schützen.
- Mordaufrufe in Sozialen Medien sind genauso zu verfolgen wie in der realen Welt.
- Tatsächliche soziale Verwerfungen, die durch die Pandemie verstärkt werden, gehören auf die Tagesordnung, u.a. die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens.
- Wir brauchen klare Kante gegen die Ideologien des Egoismus und der Verschwörungsmythen.

Halten wir dagegen!

Reinhold Weismann-Kieser zitiert hier den Bundesausschuss der VVN-BdA

Gedenken am Mahnmal Ohestraße

Mit folgendem Vorwort erreichte uns ein Bericht zum Mahnmal Ohestraße:
Wir sind ein Wohnprojekt von 16 Personen, die im September letzten Jahres als Mieter*innen der Wohnungsgenossenschaft Selbsthilfe Linden einen Neubau in der Ohestraße bezogen haben. Bereits in unserer Bewerbung um das Grundstück bei der Stadt Hannover hatten wir formuliert, dass wir als Bewohner*innen der Ohestraße die Verpflichtung empfinden, für ein würdiges Gedenken der Opfer Sorge zu tragen, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt und von hier deportiert worden waren. Zum 80. Jahrestag der Deportationen, 15.12. letzten Jahres, hatten wir alle Nachbar*innen zur Gedenkveranstaltung am Mahnmal auf dem Gelände der Berufsschule eingeladen.
Wir wollen an dem Thema Geschichte der Straße und auch am Thema Mahnmal weiterarbeiten.

Erinnerung an die 175 Jüdinnen und Juden, die am 15. Dezember von der Ohestraße nach Riga deportiert worden sind „Das Mahnmal ist in Vergessenheit geraten, dem wollen wir mit unserer kleinen Gedenkrunde etwas entgegensetzen“, sagte Regina Hennig, Bewohnerin des Neubaugebietes in der Ohestraße. Rund 20 Anwohner*innen hatten sich vor dem Mahnmal auf dem Schulhof der Berufsbildenden Schule versammelt, wo die Gedenkstätte vor rund 30 Jahren

errichtet worden war. Die Historikerin Dr. Marlis Buchholz, die sich seit Jahren mit der Geschichte der Juden in Hannover befasst, schilderte eindringlich, was sich vor 80 Jahren in der Ohestraße abgespielt hat. „Als die Juden im September 1941 ihre Wohnungen verlassen mussten, wurde das jüdische Gemeindezentrum mit den Gebäuden Ohestraße 8+9 zu einer Massenunterkunft. Von den insgesamt 1001 jüdischen Bürger*innen, die am 15. Dezember 1941 von Hannover in das Ghetto Riga deportiert wurden, kamen 175 aus der Ohestraße.“ Im Rahmen eines stillen Gedenkens wurden Blumen niedergelegt und Kerzen aufgestellt, um der Opfer der Deportation zu gedenken. Die Arbeitsgruppe Geschichte der Ohestraße der Gruppe WohnIdee wird mit allen Interessierten daran weiterarbeiten, die Erinnerung lebendig zu halten, das Mahnmal würdig zu erhalten bzw. zu gestalten und eine Informationstafel auf Höhe der Ohehöfe aufzustellen.

Regina Hennig

Fotos: Dirk Addicks

Demonstration gegen „Spaziergänger“

Den folgenden Bildbericht unter der Überschrift „400 Demonstranten setzen solidarisches Zeichen für Demokratie und gegen Corona-Verharmlosung“ aus der Online Zeitung Deisterecho v. 24.1.2022 schickte uns Sybille Busse vom Bündnis „Barsinghausen ist bunt“.

BARSINGHAUSEN (ta). Um ein deutliches Zeichen gegen die sogenannten „Spaziergänge“, Corona-Verharmlosung und die rechten Tendenzen bei den montäglichen Kundgebungen in Barsinghausen und an anderen Orten zu setzen, folgten heute rund 400 Teilnehmer dem Demonstrationsaufruf von „Barsinghausen ist bunt“. Unterstützt wurde die Kundgebung vor der Klosterkirche auch von zahlreichen Vereinen, den Ratsfraktionen von SPD, CDU, Grünen, FDP und AFB, den Kirchen, den Omas gegen Rechts, dem DGB und vielen Einzelpersonen. Bündnissprecherin Sybille Busse (Bild rechts) betonte, es gehe darum, ein Zeichen der Solidarität mit der Wissenschaft und der Politik zu zeigen. Seinen Unmut über die staatlichen Corona-Maßnahmen zu äußern sei legitim, nicht aber der Missbrauch, Kundgebungen für Umsturzvorhaben zu nutzen. Sie sei dankbar, dass so viele Menschen die Demonstration von „Barsinghausen ist bunt“ unterstützten, sagte Busse.

Bürgermeister Henning Schünhof (linkes Bild) unterstrich, „wir sind die Mehrheit. Barsinghausen ist solidarisch mit dem Gesundheitswesen, das bereits überlastet ist, mit den Wissenschaftlern, die nicht selten Hass und Drohungen erleben, mit den Corona-Betroffenen sowie mit Politikern, die ohne jede Blaupause Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie treffen und sich zudem den verbreiteten Fakenews gegenübersehen“. Es gebe eine Skepsis gegenüber den Maßnahmen und es könne auch demonstriert werden, aber hier bestehe die Gefahr, dass krude Theorien in Gewalt endeten. Dies erlebten nicht zuletzt die Polizisten, die nicht selten angegriffen würden. Schünhof war sich allerdings sicher, dass die Demokratie wehrhaft bleibe.
Pastorin Ute Kalmbach erinnerte in ihrem Redebeitrag an die schwierige Lage, in der sich Corona-Erkrankte befänden, an Verwandte, die teilweise Angehörige nicht im Pflegeheim besuchen könnten, an die Hinterbliebenen von Verstorbenen und auch an vereinsamte Jugendliche. „Aber wir halten solidarisch und geimpft durch“, rief Kalmbach der Versammlung zu.
Die Krankenschwester und Fachkraft für Intensivpflege, Renate Hachmeister (linkes Bild), schilderte anschließend ihre Erfahrung von ihrem Wechsel in eine Intensivstation mit Corona-Kranken. Bei manchen Patienten sei der Tod aus heiterem Himmel gekommen und viele, die überlebten, hätten auch längere Zeit nach ihrer Erkrankung immer noch mit den Folgen von Corona zu kämpfen. Da auf der Station aber auch Krebskranke und andere Schwerstkranke versorgt werden müssten, habe Corona die Gesamtsituation sehr erschwert – auch weil viele nicht geimpft seien.

Die Landtagsabgeordnete, Thela Wernstedt, machte deutlich, dass Wissenschaft ständig neue Erkenntnisse bringe. Theorien könnten kritisiert werden, aber dafür brauche es keine Querdenker. Wissenschaft brauche vielmehr aufgeklärte Bürger und auch ein Maß an Vertrauen. Wer das Virus leugne, stelle sich außerhalb der Sicht der Welt und Freiheit sei ohne Verantwortung für andere Menschen nicht zu haben.

Ingo Arlt (IG Metall) von „Barsinghausen ist bunt“ unterstrich zudem, wer das Virus leugne, belaste Betroffene und zu den Betroffenen gehörten auch Politiker, die sich für die Gesellschaft engagierten. Angesichts der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen sei es daher auch an der Zeit, sich vor die Politik zu stellen und die Demokratie zu verteidigen. Wer hier von Diktatur rede, verweigere sich der demokratischen Legitimation. Aus diesem Grund sei es wichtig und gut, dass Ratspolitiker und die anwesenden Bürger Barsinghausens ein Zeichen setzten. „Die Freiheit der Montagsquerulanten ist nicht unsere Freiheit und zielt direkt gegen die demokratischen Institutionen.“ Vor diesem Hintergrund rief Arlt zu Konsequenzen auf. Er betonte die Achtung vor den Menschen, deshalb müsse man für die Demokratie zusammenstehen. „Wir sind die demokratische Mehrheit“, so Arlt unter Applaus.

Fotos ta

Diesem Newsletter sind beigelegt:

- eine pdf-Datei „Kompositionswettbewerb – „J ü M i D“ – Aktuelle Jüdische Musik in Deutschland“ vom Anke Biedenkapp.
- eine pdf Datei „Topografie der Verfolgung: das digitale Projekt ‚Zukunft heißt Erinnern“ von Michael Pechel
- ---

Impressum:
Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 24. Januar 2022. **Redaktionsschluss des nächsten Newsletters ist der 23. März 2022.**

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS
Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122; erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

Landeshauptstadt Hannover